Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 38 (1944)
Heft: (1): Januar-Sendung

Rubrik: Schweizerisches

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ſpeziell den *Kommunismus* betrifft, ſo iſt aufs äußerſte unwahrſcheinlich, daß eine ſo gewaltige Bewegung nach einer Geſchichte von zweieinhalb Jahrzehnten ein erloſchener Vulkan ſei. Sie wird, ſei's von Rußland, ſei's ſpontan von anderen Stellen aus, in immer neuen Stößen und Wogen kommen und das Angeſicht der Erde verändern.

Das iſt der Ausblick auf das neue Weltjahr, das zuletzt und zuerſt auch ein neues Gott- und Chriſtusjahr ſein wird. *Leonhard Ragaz.*

Schweizerisches.

11. Januar 1944.

Die *Bundesratswahlen* ſind auf die Jahreswende hin noch lange im Mittelpunkt des ſchweizeriſchen Intereſſes geſtanden, und es gibt wohl einige Schweizer, welche die Wahl eines Sozialdemokraten in den Bundesrat als eine Art Jahreswende für die Schweiz betrachten, genügend, um die Exiſtenz der Schweiz in eine lebendige Zukunft hineinzuretten. Denn unſer politiſches und geiſtiges Format hat ſich in dieſer Zeit des Abſchluſſes der Luft von den Stuben und Sälen des Schweizerhauſes, der Zeit der geſchloſſenen Fenſter und Türen, ſo ſehr verkleinert, daß es nun unſerer geographiſchen Kleinheit gut angepaßt iſt.

Das große Los, Bundesrat zu werden, und zwar der erſte ſozialdemokratiſche, iſt dann nach allerlei Schwanken (namentlich *ein* Mann iſt darüber bis nahe zum Siege in Betracht gekommen, und zwar der beſte, der in Betracht kommen konnte, aber nicht der bei gewiſſen Oberdrahtziehern beliebteſte) auf denjenigen Kandidaten gefallen, der am meiſten „angepaßt" ſchien, um von den Bürgerlichen akzeptiert zu werden. Es zeigte ſich denn auch bei den Bürgerlichen eitel Freude, daß die Sache nicht ſchlimmer ausfiel, und da und dort faſt ein Enthuſiasmus für *Ernſt Nobs*, den ſich dieſer damals nicht hätte träumen laſſen, als er in ſeiner Eigenſchaft als Redaktor des „Volksrechtes" jahrelang alles tat und nicht tat, um die ſchweizeriſche Arbeiterſchaft in die Dritte, das heißt bolſchewiſtiſche, Internationale zu bringen. Dies und anderes haben die Bürgerlichen gern vergeſſen, ſie, die Anderen viel geringfügigere Dinge bis zum jüngſten Tag, wenn ſie den erlebten, nicht vergeſſen würden. Nobs beſitzt eben einige Eigenſchaften, die es erlaubten, den Mantel der Liebe über dieſe tempi passati zu werfen. Es haben darum die Bürgerlichen mit nicht weniger Begeisterung (echter und halbechter) dieſe Wahl und ihren Gegenſtand gefeiert als die gouvernementalen Sozialdemokraten, und jener hat genügend durchblicken laſſen, daß man vor ihm nicht zu viel Angſt haben oder auch, daß man von ihm nicht allzuviel Sozialismus erwarten dürfe.

Die ganze Affäre hat einen üblen Geruch bekommen, beſonders für die Partei ſelber, die den Gewinn davon zu haben ſcheint. Sie hat dieſen vielleicht doch zu teuer bezahlt. Wie wir vorausgeſagt haben,

ist die anfängliche Forderung, daß man nur in den Rat wolle, wenn es zu Zweien geschehen könne und nach der Verständigung über ein „Sachprogramm", in aller Stille fallengelassen worden. Sie war ja wohl auch bei den Drahtziehern nie ernst gemeint, sondern sollte bloß die in der Partei weithin vorhandene Opposition zur Ruhe bringen. Man hat also mit einem Stück moralischen Ansehens aus dem bescheidenen Vorrat davon, der nach zwei Jahrzehnten einer Politik ohne Charakter noch übrig geblieben ist, bezahlt.

Dies auch in anderer Hinsicht. Man mußte sich *dankbar* erweisen, mußte schweigen, wo man hätte reden sollen, und reden, wo man hätte schweigen sollen, und dies wohl auch darum, weil einige „Führer" weiter Papabili bleiben wollen.

Es war ja das, was man im Lande der Viehzucht einen Kuhhandel nennt. Die welschen Bürgerlichen waren für einen Sozialdemokraten nur unter der Bedingung zu haben, daß man ihnen ihren Pilet-Golaz ließ, und die Katholiken für Pilet-Golaz und auch für Ernst Nobs, pro forma wenigstens, nur, wenn man ihnen ihren offenbar recht unfähigen, aber gut katholischen Dr. Leimgruber zum Bundeskanzler wähle — was ja beides geschehen ist. Wobei übrigens die Katholiken Nobs größtenteils doch nicht stimmten.

So ist diese große moralische Tat zustandegekommen. Daß durch sie an der politischen und moralischen Atmosphäre der Schweiz etwas Wesentliches gebessert worden sei, können nur die glauben, die in solchen Zeiten am wenigsten „Alle" werden. Die Hetze gegen den Sozialismus oder, wie man lieber sagt, Kommunismus, geht weiter. Zu was für zugleich lächerlichen und erbärmlichen Aeußerungen sie führt, zeigt das Vorgehen gegen die paar Luzerner Knaben und Mädchen (so müßte man ja sagen), die man auf Grund von Kindereien beschuldigt, den Umsturz der Schweiz (oder nur Luzerns?) herbeiführen zu wollen. Für so baufällig halten unsere offiziellen Hüter der Schweiz deren Haus, daß ein paar Knaben und Mädchen es umblasen könnten, wenn nicht die Bupo und Herr Staempfli es schützten. Und so bleibt auch das Verbot der kommunistischen und der mit ihr verwandten, wenn auch nicht identischen Nicole-Partei bestehen, trotzdem Rußland nun weithin die über die Geschicke Europas (die Schweiz inbegriffen) entscheidende Macht geworden ist. Diese mit fast ganz blind machenden Scheuklappen Versehenen glauben sich das leisten zu dürfen.

Am wenigsten Freude an dieser Wendung hat ein Teil der sozialdemokratischen Partei, und zwar, wie man wohl sagen darf, vorwiegend die ernstesten und besten ihrer Mitglieder. Zufrieden sind nur jene, deren tiefstes Sehnen war und ist, möglichst rasch und scheinbar ohne direkte Verleugnung des Sozialismus in das Gewand der Bürgerlichkeit schlüpfen zu dürfen, auch wenn sie nicht gerade erwarten dürfen, dafür den Ehrendoktor zu bekommen.

Ich möchte aber betonen, daß Nobs zwar nicht mein Mann ist, aber

daß ich ſeine große Begabung auch in den Zeiten meiner ſchärfſten Oppoſition gegen ihn nie verkannt habe. Nur iſt es eine merkwürdige Verwechſlung und Farbenblindheit, ihn einen Sozialiſten zu nennen. Seine Schrift über „Helvetiſche Erneuerung" iſt zwar vortrefflich. Es ſind ausgezeichnete Stellen darin, ſo die, wo er ganz zenſurwidrig betont, daß die Schweiz nicht ewig nur im Namen der ſogenannten Neutralität aus einer Zuſchauerloge die Geſchichte paſſiv anſchauen dürfe, ſondern den Anſchluß an die Vorwärtsbewegung der Völkerwelt ſuchen müſſe. Ich hätte um dieſer *einen* Stelle willen ohne Beſinnen Nobs das Departement des Auswärtigen übergeben. Es wäre in ſeinen Händen jedenfalls beſſer aufgehoben als in denen von Pilet-Golaz! Aber ſo wertvoll dieſe Schrift an ſich iſt und ſo erfreulich ſie wäre, wenn ſie von einem formell bürgerlichen Mann ſtammte, eine *ſozialiſtiſche* Schrift kann man ſie nur nennen, wenn man nicht weiß, was einſt Sozialismus war, auch wenn man dabei nicht gerade an den Nobs der Dritten Internationale denkt. Ich habe aber gute und tiefe Gründe dafür, wenn ich überzeugt bin, daß wir einen *wirklichen,* zwar nicht dogmatiſch und doktrinär bornierten, ſondern umfaſſend gearteten, aber doch *radikalen* Sozialismus nötig haben, in der Schweiz wie anderswo.

Es iſt alſo zu ſagen, daß wir trotz allem Guten, was etwa Herr Nobs als bundesrätlicher Finanzminiſter und vielleicht auch anderswie leiſten mag, mit dieſer ganzen Affäre nicht vorwärts, ſondern zurück gekommen ſind. Wir haben ein *Trugbild* gewonnen, das Trugbild einer Art Löſung des ſozialen Problems, beſonders nach ſeiner politiſchen Seite hin, ein Trugbild mehr zu allen andern, und werden auch dafür bezahlen müſſen.

Aber wie wir ſchon in einer früheren Erörterung gezeigt haben, wäre nichts törichter, als wenn wir meinten, dieſe Wahlaffäre mit all ihrer Inflation bedeute etwas *Definitives.* Sie wird ein, vielleicht nur kurzes, *Intermezzo* bleiben. Die kommenden Entwicklungen der Weltlage werden in hohen Wellen darüber weggehen. Auf *ſie* aber müſſen wir uns rüſten, wenn wir gerettet werden wollen.

Es gehört aber, wir wir ſchon angedeutet haben, zu dieſem Wahlthema auch das Problem *Pilet-Golaz,* und dieſes iſt ſogar für die Schweiz viel wichtiger und gefährlicher als das Problem Nobs. Denn es iſt freilich unerhört und wohl faſt nur in der Schweiz möglich, daß nach allem, was Pilet-Golaz Unverzeihliches getan hat, er in einer Zeit voll ſchwerſter Gefahr und Entſcheidung unſere auswärtige Politik leiten und ſo den weitaus wichtigſten Poſten des Bundesrates innehaben ſoll. Es iſt unverantwortlich. Das wiſſen viele auch von denen, welche für ihn geſtimmt und geſchrieben haben. Warum denn hat man dieſen Mann doch an dieſer Stelle behalten?

Aus allerlei Gründen. Nicht zuletzt, weil mit ihm viele Andern durch die gleichen oder doch ähnliche Fehler kompromittiert ſind. So

vor allem die beiden andern Bundesräte, die mit ihm, der Eine in deutſcher, der andere in italieniſcher Sprache jene Rede an das Schweizervolk verleſen haben, welche in der Panik von 1940 die Einleitung zu jener faſchiſtiſchen Schweiz im Sinne der Schrift von Etter über die ſchweizeriſche Demokratie wie gewiſſer welſchſchweizeriſcher Herrenſöhnchen und ihrer Nachahmer bilden ſollte. Dann aber wohl auch, weil Pilet-Golaz, ſo wie er iſt, unſerer Reaktion ſchließlich paßt und ihrer außenpolitiſchen Linie entſpricht. Und endlich, weil in der Luft der heutigen Schweiz ein Bundesrat ſo raſch zur Mumie vertrocknet, daß er ewiges Leben bekommen zu haben ſcheint; weil, um es anders zu ſagen, ein Bundesrat ſchon ganz außerordentlich tüchtig und namentlich charaktervoll ſein müßte, um ſo viel Leidenſchaft gegen ſich zu wecken, daß er weggewählt würde.

Es haben, wie geſagt, die Beſſeren und Einſichtigeren auch unter den Politikern dieſen Sachverhalt wohl erkannt. Die demokratiſche Fraktion, in die ſich ſtark was noch an Charakter übrig geblieben iſt geflüchtet hat, verlangte eine Geheimſitzung zur Beſprechung des Problems Pilet-Golaz. Die liberale Partei von Baſel-Stadt, in der ſich ebenfalls einige Männer mit Charakter finden, — wenn auch nicht die, von denen man ſolchen vorausſetzt, dazu gehören — hat nachträglich durch eine aufſehenerregende Erklärung das Problem aufzurollen verſucht. Natürlich umſonſt. Es iſt aber bezeichnend, daß die ſozialdemokratiſche Fraktion mäuschenſtill geblieben iſt, ja, man darf das annehmen, noch ſonſt Pilet-Golaz eher geſtützt hat. So weit iſt es mit ihr unter der Führung der Papabili Grimm, Huber und Genoſſen gekommen.

*

Um doch ein bißchen das Geſicht zu wahren, hat ſich die offizielle Parteitaktik der Sozialdemokratie auf ein anderes Poſtulat geworfen: die *Wiederaufnahme der diplomatiſchen Beziehungen zu Rußland.*

Das iſt nun eine ganz arge partie honteuſe unſerer ſchweizeriſchen Politik. Bekanntlich iſt die Ablehnung dieſer diplomatiſchen Beziehungen ein Erbſtück aus dem Inventar der Politik *Mottas*, die eine ſpezifiſch katholiſch-konfeſſionelle in bürgerlicher Form und dazu eine Hauspolitik, d. h. eine perſönliche Politik Mottas war. Sie hat die Schweiz nicht nur Hunderte von Millionen gekoſtet, die unſre Induſtrie im normalen Verkehr mit Rußland hätte verdienen können, ſondern dieſelbe auch in eine ganz ſchlimme politiſche und moraliſche Lage gebracht. Denn wir werden uns dieſer Aufnahme der Beziehungen zu Rußland auf die Dauer nicht entziehen können, werden ſie aber ſchwerlich vollziehen können ohne eine Demütigung, wie wir ſchon lange keine mehr erlebt haben.

Wir werden aber für Motta, den als großen und rettenden Staatsmann zu preiſen man nicht aufhört, trotzdem das Gegenteil mit Hän-

den zu greifen ist, und den man in katholischen Kreisen beinahe direkt neben Nikolaus von der Flüh stellt, noch viel verhängnisvoller bezahlen müssen. Das zu glauben und zu sagen ohne jede antikatholische Tendenz, bloß im Interesse der Wahrheit und der Schweiz, ist freilich die „Neuen Wege" teuer zu stehen gekommen! [1])

*

Da wir uns mit diesen Erörterungen immer noch in der Nähe der Bundesversammlung befinden, so mag noch ein anderes Thema daran kommen, das aktuell genug ist und mit dem Zerfall unserer Demokratie fast so eng zusammenhängt, und zwar in negativem Sinne, wie die Zensur: das ist der fortschreitende *Servilismus* im Verhältnis zu unseren Behörden.

Es wird berichtet, daß die Bundesversammlung (oder war's bloß der Nationalrat?) gegen alles Herkommen und allen parlamentarischen Brauch verpflichtet worden sei, die Abgangsrede des alten und die Eingangsrede des neuen Präsidenten *stehend* anzuhören. Das ist charakteristisch. Dieser Stil, der zu der Zeit der „gnädigen Herren" zurückführt, wird jetzt mit Bewußtsein von oben her gepflegt. Aber von unten her wird eben *gehorcht*. Denn ich frage: Warum sind die, welchen dieser Stil nicht gefällt, nicht sitzen geblieben?

Und wo ist die Opposition geblieben, als es galt, gegen die Bevormundung aufzutreten, welche die Filme zwingt, die offizielle Radiosendung des Bundes mit ihrer offiziellen Politik zu bringen, und die Filmbeschauer, sie anzuhören? Wieder sind sozialdemokratische Führer dem Bundesrat zu Hilfe gekommen.

Mit diesem Byzantinismus hängt aufs engste zusammen der Gebrauch des Wortes „*Obrigkeit*". Wir haben seit einiger Zeit, seit der Herrschaft der Reaktion, auf einmal wieder eine „Obrigkeit". Und das heißt, daß wir Andern wieder *Untertanen* geworden sind. Wir hatten vorher keine Obrigkeit mehr, sondern bloß Behörden, hatten keine Untertanen mehr, sondern bloß Bürger, hatten keine „gnädigen Herren" mehr, sondern bloß von diesem gewählte Vertrauensleute des Volkes, die gewisse amtliche Kompetenzen besaßen, aber im übrigen kein bißchen mehr waren als jeder einfachste Bürger. Jetzt auf einmal gibt es „gnädige Herren" (ob die Anrede auch bald gefordert wird?), gibt es Obrigkeiten und gibt es Untertanen, wenn nicht dem Namen, so doch der Sache nach. Wo aber bleiben die Schweiz und die Demokratie?

Damit hängt zusammen — das gehört zu allem ganzen und halben Faschismus — eine *große Wertschätzung von Zeremonien und Demonstrationen* wie Bürgerweihe, Fahnengruß etc. Diese können hart an die

[1]) Was politische Weisheit (weil sie fehlte) nicht zu leisten imstande war, hat der *Profit* im Hui fertiggebracht. In Lausanne, ausgerechnet in Lausanne, diesem einstigen Mittelpunkt der Hetze gegen Rußland, hat sich eine Handelskammer für wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Schweiz und Rußland gebildet.

Komödie ſtreifen, ohne daß die Meiſten das merken. Dieſe Hochſchätzung der *Form* hängt damit zuſammen, daß der *Gehalt* ausgefloſſen iſt. Aber wieder fragen wir: Wo bleibt die demokratiſche Schweiz?

Es iſt das freilich nur *eine* Erſcheinungsform jener *Unwahrheit*, ja Lüge, die wie ein giftiger Nebel auf unſerem Volk liegt und bewirkt, daß unwahre Gedanken, unwahre Sachen, unwahre Menſchen überall obenauf ſind — ein Nebel, in dem zu atmen aufrichtigen Seelen immer ſchwerer wird und in dem alles echte ſchweizeriſche Leben erſticken muß.

*

In den gleichen Zuſammenhang gehört der immer noch weiter fortſchreitende Zerfall des *Rechtes*. Es iſt in der letzten Zeit unter Anderem bekannt geworden — freilich nur in der Ecke einiger ſozialiſtiſchen Zeitungen —, daß man in der Verfolgung der ſogenannten *Trotzkiſten*, die in der Schweiz nicht mehr als eine Handvoll Leute ſind, darunter einige ganz vortreffliche, ſoweit gegangen iſt, einige von ihnen ohne jeden Grund 11, 10 und 9 Monate in der Unterſuchungshaft ſitzen zu laſſen, ſtatt das Verfahren gegen ſie zum Abſchluß zu bringen, und Monate verſtreichen zu laſſen, bis man nur die Unterſuchung begann, um ſchließlich Strafen auszuſprechen, die mit dem, was man gegen dieſe Leute vorbringen konnte (Kleinigkeiten, die nicht zu vergleichen ſind mit dem, was man etwa einem Pilet-Golaz und vielen Andern vorwerfen kann), in keinem Verhältnis ſtehen.[1])

Dieſem ſich ſtets aufs Neue darſtellenden Tatbeſtand gegenüber (zu dem auch die vollendete Willkür gewiſſer Akte der Zenſur gehört) nimmt es ſich eigentümlich aus, wenn im Nationalrat eine große Debatte über eine vorzunehmende *Verfaſſungsreviſion* und eine dafür einzuſetzende beſondere Kommiſſion ſtattfindet. Denn wenn auch dieſe Reviſion angeblich im Intereſſe der Herſtellung eines feſteren Rechtszuſtandes gefordert wird, ſo beſteht doch der begründete Verdacht, daß damit eine im Verlaufe der kommenden Entwicklung vielleicht auftauchende *radikale* Reviſion der Verfaſſung durch raſche Fixierung des Beſtehenden verhindert werden ſoll. Auf alle Fälle iſt jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für ein ſolches Werk. Jetzt wäre etwas Anderes nötig: *daß nämlich die vorhandene Verfaſſung gehalten würde*, beſonders in ihrem wichtigſten Beſtandteil, der Wahrung der demokratiſchen Rechte und Freiheiten, vor allem der Freiheit des Wortes.

*

So ſehr dieſe und andere Dinge das Herz eines Schweizers, der noch die wirkliche Schweiz geſehen und miterlebt hat, bedrücken müſ-

[1]) Auch das freiſprechende Urteil in Sachen der „Cibaria" ſcheint nicht geeignet, das Vertrauen zu unſerem „Rechtsſtaat" zu erhöhen.

ſen, ſo tut das doch von Zeit zu Zeit etwas Anderes noch weit mehr: nämlich die geiſtige Verblödung, Veräußerlichung und Entleerung, die ſich wie Schwindſucht auf alles ſchweizeriſche Leben legt.

Sie äußert ſich beſonders in der Sache der *Staudämme*, durch welche zwei unſerer ſchönſten und ehrwürdigſten, mit dem Urſprung der Schweiz hiſtoriſch und prinzipiell im engſten Zuſammenhang ſtehende Alpentäler, das Rheinwald und das Urſerental, zerſtört würden. Es zeigt ſich ein wahrer Fanatismus, wie er dem Götzendienſt eignet, dieſe Zerſtörung trotz dem Widerſtand aller guten Geiſter doch durchzuſetzen. Dahinter aber ſteht offenbar der uralte Feind der Schweiz: die gierige *Profitſucht*. Darum iſt es um ſo eigenartiger, aber auch um ſo trauriger, daß von den politiſchen Parteien gerade der Sozialismus, ſein Eigenſtes verratend, durch manche ſeiner Wortführer, zu denen vor allem auch Grimm gehört, hinter dieſem Feldzug ſteht.

Man leſe, was unlängſt (am 8. Januar) das „Volksrecht" in einem Leitartikel geſchrieben hat.

„Um den Bau der Großkraftwerke iſt es wieder ſtill geworden. Die bündneriſche Regierung, vor der das Konzeſſionsbegehren für das Hinterrheinwerk liegt, wagt keinen Entſcheid zu treffen. Aus rein politiſchen Ueberlegungen. Stimmt ſie zu, dann verdirbt ſie es mit einem Teil ihrer Wähler und der ſentimentalen Einſtellung aller Heimatſchützler der ganzen Schweiz; abzulehnen wagt ſie auch nicht, weil dadurch die in den Händen des demokratiſchen Finanzdirektors liegenden wirtſchaftlichen und fiskaliſchen Intereſſen des Kantons Graubünden geſchädigt werden. Herr Dr. Gadient fühlt richtig: Man kann in Bern nicht ſtändig über die ſchlechte Lage Bündens jammern, hohe Subventionen und Sonderbegünſtigungen ſuchen und auf der andern Seite eine im Kanton ſelbſt liegende Finanzquelle erſten Ranges brach liegen laſſen. Alſo entſcheidet man ſich gar nicht, läßt die Angelegenheit einfach liegen, in der ſtillen Hoffnung, daß der *Bundesrat* das tue, was man ſelbſt wohl möchte, aber nicht zu tun wagt. Oder man verſucht ein vom Bund bereits mit vielen Millionen Riſiko errichtetes Unternehmen, das ausſchließlich oder doch vorwiegend auf bündneriſches Begehren errichtet wurde, auf ſeinen gerechtfertigten Abſchreibungen zu beſteuern, indem man dieſe als Rein- oder gar Kriegsgewinne deklariert, trotzdem das Unternehmen bis jetzt ſeinen Gründern nur Sorgen bereitet hat. Darüber wird noch mit andern Fragen der Holzverzuckerung zu reden ſein.

Während die Bündner Regierung aus lauter ſchlauen Wählerbedenken ſich nicht entſcheiden will, reift in aller Stille ein anderes Projekt für ein Großkraftwerk im urneriſchen Urſerntal. Während beim Hinterrheinwerk Motor-Columbus als treibende Kraft feſtzuſtellen iſt, wird das *Andermatterwerk* von den Kreiſen um die Elektrobank, Kreditanſtalt und Zentralſchweizeriſche Kraftwerke gefördert. Im Urſerntal würden bedeutend weniger Bauern vertrieben und weit weniger Kulturboden ertränkt. Vom Standpunkt des Fremdenverkehrs aus wäre dort ſogar ein See zu wünſchen, um die ganze Landſchaft von verunſtaltenden Hotel- und Kaſernenbauten alten Stils zu ſäubern. In dieſer Beziehung wäre das Urſernwerk vorzuziehen. Ob es auch vom techniſchen und wirtſchaftlichen Standpunkt aus dem Konkurrenten im Hinterrhein ſtandhalten kann oder ſogar überlegen iſt, ſei hier nicht erörtert. Auf jeden Fall läge die Schwierigkeit im beſtehenden *Gotthardtunnel* direkt unter dem projektierten Stauſee. Aber wie man hört, ſei eine Verlegung bereits in die Koſtenberechnung einbezogen. Sei dem wie es wolle, auf

jeden Fall müſſen dieſe Probleme vom *geſamtſchweizeriſchen Intereſſe* aus gelöſt werden und dürfen privatkapitaliſtiſche oder bloß regionale Erwägungen nicht entſcheidend ſein. Die Anregung der ſozialdemokratiſchen Fraktion der Bundesverſammlung auf eine Prüfung aller dieſer energiewirtſchaftlichen Fragen durch den *Bund* kommt jedenfalls nicht zu früh. Jetzt muß vom Bund aus gehandelt werden, wenn er nicht will, daß es da gehen ſoll wie bei den Eiſenbahnen, wo die Fehler von den nachfolgenden Generationen teuer gebüßt werden müſſen."

Was ſoll man zu einem ſolchen Dokument ſagen? Iſt das nicht die vollkommenſte Abſage an alles, was man noch irgendwie mit Fug und Recht Sozialismus nennen kann? Der Profit, um den handelt es ſich ja, ſoll vor dem Menſchen gehen. Der Kampf einer ganzen Talſchaft um ihr Recht und ihre Freiheit, um den Boden und die Seele ſoll „Sentimentalität" ſein. Und gar das Schönſte von allem: es wird dem in alt fry rhätiſchen Stolz ſein Recht behauptenden Kanton Graubünden mit dem Diktat des Bundes gedroht. Und das ſoll Sozialismus ſein! Das iſt doch Kapitalismus und dazu Faſchismus in optima forma. Ein ſolcher Sozialismus iſt auf den Hund gekommen!

Nicht zwar daß die Bürgerlichen beſſer wären. Man vergleiche mit der ſozialiſtiſchen eine bürgerliche Aeußerung zu dem gleichen Thema. Sie findet ſich in der „National-Zeitung" vom 10. Januar und paßt zu dem, was ſonſt dort etwa vertreten wird (allerdings nicht von allen ihren Redaktoren), wie die Fauſt aufs Auge.

„Die Schwierigkeiten der bündneriſchen Wirtſchaft konnten natürlich nicht ohne nachteilige Auswirkungen auf den *Finanzhaushalt des Kantons* bleiben. Mit Rückſicht darauf, daß die *Steuerbelaſtung* die oberſte Grenze ſchon lange erreicht, wenn nicht überſchritten hat, wäre eine Vermehrung der Einnahmen durch noch höhere Steuern ohne verhängnisvolle Folgen für die Wirtſchaft kaum mehr denkbar, ſondern es kann ſich im Zuſammenhange mit der vorgeſehenen Reviſion des Steuergeſetzes wohl nur darum handeln, die zur Verfügung ſtehenden Steuerquellen beſſer zu erfaſſen, wozu nach Auffaſſung des Finanzminiſters auch die Heranziehung des bisher ſteuerfreien landwirtſchaftlichen Erwerbes gehört. Man wird ſich aber in bezug auf eine weſentliche Erhöhung der Steuereinnahmen keinen Illuſionen hingeben dürfen, ſchon deshalb nicht, weil die im Gange befindliche Neutaxation mit ziemlicher Sicherheit eine nicht unbeträchtliche Verminderung des ſteuerpflichtigen Vermögens mit ſich bringen wird. Der Kanton wird ſich nach *neuen Einnahmequellen* umſehen müſſen, und in dieſem Zuſammenhang kommt der beſſern *Ausnützung der bündneriſchen Waſſerkräfte* eine ganz beſondere Bedeutung zu. Wenn man dieſe Frage vom Standpunkt der Staatsnotwendigkeiten aus betrachtet, dann erſcheint auch das viel diskutierte Problem der Errichtung eines *Staudammes am Hinterrhein,* durch den das Dorf Splügen und weite, fruchtbare Alpwieſen unter Waſſer geſetzt würden, in einem etwas andern Lichte. Gewiß, der Kampf der Bevölkerung des Rheinwald gegen das projektierte Großkraftwerk iſt durchaus verſtändlich und verdient als Ausdruck der Bodenſtändigkeit und Heimattreue volles Verſtändnis. Eine andere Frage iſt es aber, ob die doch mehr gefühlsmäßigen Argumente einer realiſtiſchen Beurteilung der Dinge gegenüber ſtandzuhalten vermögen. Denn ganz abgeſehen davon, daß im Rheinwald bedeutende *geſamtſchweizeriſche Intereſſen* zur Diskuſſion ſtehen, wird es zu überlegen ſein, ob der Kanton Graubünden inskünftig mit dem gleichen Erfolg wie bisher die finanzielle Hilfe des Bundes wird anrufen können, wenn er ſich

weigern ſollte, ſeine eigenen Finanzquellen ſo auszubeuten, wie es das Intereſſe des Kantons ſelbſt verlangt."

Dieſe bürgerliche Aeußerung iſt ſogar faſt noch gemeiner (man kann ehrlicherweiſe kein anderes Wort brauchen) als die ſozialiſtiſche, höchſtens weniger Verrat an der eigenen Sache: Es ſoll den Anderen, wenn ſie nicht kuſchen, der Brotkorb höher gehängt oder, beſſer geſagt, der eidgenöſſiſche Subventionsbeutel (dieſes Wahl- und Zähmungsmittel, das überhaupt eine große Rolle bei der Zerſtörung der Demokratie ſpielt) verſchloſſen werden.

Und das bedeutet alſo jene unter uns vor ſich gehende „Bewährung der Demokratie", von der man jetzt ſo viel — lügt!

*

Im Angeſicht dieſer und anderer Erſcheinungen erhebt ſich rieſengroß die Frage, ob eine ſolche Schweiz nicht für den Untergang reif und überreif iſt, ob eine ſolche Schweiz noch eine Zukunft haben kann.

Jedenfalls iſt, wenn ſie leben und aufleben ſoll, eine ganz tiefgehende und umfaſſende *Regeneration* nötig. Ich wiederhole in der letzten Erörterung der ſchweizeriſchen Lage Geſagtes, wenn ich erkläre, daß dieſe Regeneration vorläufig das Werk von tapferen, lauteren, ſelbſtloſen, des Glaubens und Wagens, vor allem auch des *Leidens* für die Wahrheit fähigen *Einzelnen* (im Sinne Vinets und Kierkegaards) und Helden (im Sinne Carlyles) oder auch von *Minoritäten* und kleinen Gemeinſchaften und Organiſationen ſein muß. Solche ſind die „*Neue Demokratie*" und die Organiſation des R. U. P., der *Weltaktion für den Frieden.* Ihnen helfe und ſchließe ſich an (falls er nicht einen andern Anſchluß dieſer Art hat, und vielleicht auch, wenn er ihn hat), wer dieſe Regeneration und damit die Rettung der Schweiz will. Es iſt aber Eile! [1])

Leonhard Ragaz.

Die Schweiz vor der Lebensfrage.

Die Weltaktion für den Frieden (R. U. P.) veröffentlicht als Nr. 6 ihrer Schriftenreihe eine Broſchüre von 16 Seiten, die, im Gegenſatz zu den vorhergehenden Schriften dieſer Serie und dem außerhalb der Schriftenreihe veröffentlichten „Programm des Friedens", ſich mit ſpeziell ſchweizeriſchen Problemen befaßt. In den vorhergehenden gedruckten Aeußerungen der Weltaktion für den Frieden wurde dargelegt, worauf es ankomme, wenn die Neuordnung des Völkerlebens nach dem Kriege einen wirklichen und dauernden Frieden gewährleiſten ſolle. Die „Schweiz vor der Lebensfrage" bringt den Gedanken zum Ausdruck, daß nicht nur die Tatſache der Schaffung einer ſolchen

An alle Chriſten der Welt wenden wir uns mit der Bitte, mit uns dadurch Buße zu tun, daß wir uns fortan tapfer und ungeſcheut in allen privaten und öffentlichen Angelegenheiten zu Jeſus Chriſtus und ſeiner Gerechtigkeit und Bruderliebe bekennen und ſo der Welt den beſten Dienſt leiſten: ihr die Wahrheit zu ſagen in der Liebe.

Die Soziale Studienkommiſſion
des Schweizeriſchen reformierten Pfarrvereins.

Berichtigungen.

Ich habe zum letzten Hefte, und zwar zu Seite 43, zwei ſachliche Berichtigungen anzubringen.

1. Eine kleine: Es handelt ſich nicht um eine offizielle „*Radioſendung*", ſondern um eine „*Wochenſchau*", welche die ſchweizeriſchen Filme ihren Darbietungen vorauszuſchicken verpflichtet werden. Das macht prinzipiell natürlich keinen Unterſchied.

2. Wichtiger iſt die andere Berichtigung. Ich hatte nach einem Bericht des „Volksrechtes" behauptet, daß man nun die Bundesverſammlung, jedenfalls den Nationalrat, quaſi verpflichte, die Abgangs- und Antrittsreden ihrer Präſidenten *ſtehend* anzuhören, und daran ein mißbilligendes Urteil geknüpft. Nun erfahre ich von kompetenter Seite, daß dies ein Irrtum ſei. Wenn mein Gedächtnis mich nicht vollkommen täuſcht, ſo habe ich, wie geſagt, jene Notiz, nicht ohne ein gewiſſes Erſtaunen, dem „Volksrecht" entnommen, von dem einer der Redaktoren ja im Nationalrat ſitzt und auf das ich mich darum verlaſſen zu können glaubte. Es freut mich natürlich, daß unſere Bundesverfaſſung noch nicht einem ſolchen Byzantinismus verfallen iſt.

Bemerkung.

Die Fortſetzung des Beitrages „*Die Jüngerſchaft Chriſti*" kann aus Mangel an Raum erſt im nächſten Hefte erfolgen.

Inhalt der Februar-Sendung: Vom Müdewerden. *Leonhard Ragaz.* / Das Kommen des Reiches Gottes nach dem Neuen Teſtament. II. *Rudolf Liechtenhan.* / Vom Bleiben am Weinſtock Chriſti. *Hans Walter Frei.* Die ſchwarze Wolke und jenſeits (Zur Weltlage). *Leonhard Ragaz.* / Schweizeriſches. *Leonhard Ragaz.* / Soziale Studienkommiſſion des Schweizeriſchen Reformierten Pfarrvereins. / Berichtigungen. / Bemerkung.

Druck: Walter Imbaumgarten AG., Arbenzstr. 20, Zürich 8